

# AUNS *Klartext*

## Wer stoppt den IRRWEG?

**AUNS**  
**ASIN**  
**ASNI**

PUBLIKUMSORGAN  
DER AKTION FÜR  
EINE UNABHÄNGIGE UND  
NEUTRALE SCHWEIZ

NOVEMBER 2009

**133.** AUSGABE

Über 46 000 Mitglieder und Sympathisanten

## LESERBRIEFE

### SONDERFALL SCHWEIZ ODER EU-BEITRITT?

Die Zeiten, als jene, die die Schweiz als Sonderfall bezeichneten, zu Ewiggestrigen gestempelt wurden, sind noch nicht lange vorbei. Aber mittlerweile darf man wieder auf einige Besonderheiten unseres Landes hinweisen, vor allem im Licht der Entwicklungen in einigen EU-Ländern. So sind unsere Referenden keine Plebiszite, die man so oft wiederholt, bis das von den Berufseuropäern erwünschte Resultat vorliegt. Ich bin überzeugt, dass sich weder das Volk noch die Stände von ihren direktdemokratischen Rechten abbringen lassen, wie es bei einem EU-Beitritt notwendig wäre.

Dafür könnten wir «in Brüssel mitentscheiden», sagen einige voraus. Die eindrücklichste Meinung vernahm man dazu von Joschka Fischer. Er meinte, es wäre besser, «wenn die Schweiz nicht auch noch versuchen würde, mitzureden». Man kann Fischer für seine glasklare, ehrliche Meinungsäusserung nur dankbar sein.

Erich Heini, Luzern

### SCHWEIZ WOHNIN? WAHRNEHMUNG EINES AUSLANDSCHWEIZERS

Bei Arbeitsaufenthalten um die Jahresmitte 2009 in Lausanne, Bern, Zürich, Winterthur und Chur erlebte ich die heutige Schweiz als mutlos, inkonsequent und geradezu drückebergerisch. Es schien mir, als habe man sich bezüglich Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Ordnunglichkeit weitgehend aufgegeben.

In Lausanne begegnet man in den 14 Zwischenstationen der neuen Metro, an der Endstation und im Stadtzentrum unzähligen Angehörigen aus Schwarz- und Nordafrika, aus dem Vorderen Orient – und allgemein vielen schwarz verummten Gestalten. Entlang der Seepromenade wimmelt es von herumlungernden «Gästen», die lärmern und haufenweise stinkenden Abfall hinterlassen. Bern präsentiert sich vordergründig würdevoll als Bundeshauptstadt, aber in der Altstadt ändert der Eindruck schlagartig. Der Besucher wird durch hautnahe Nötigung und Pöbeleien aggressiver Bettler belästigt.

Die Gartenstadt Winterthur hat in den letzten Jahren eine farbige Entwicklung erfahren. In der Altstadt herrscht grosses Gedränge ausländischer Menschen jeglicher Couleur. In Kampfmontur patrouilliert die Stadtpolizei, damit die Bürger sich noch getrauen, am öffentlichen Leben teilzunehmen. Zürich und Chur zeigen ein ähnliches Bild.

Beim Gespräch äussern sich Freunde, Bekannte und Geschäftspartner fast einhellig dahin, dass sie die Situation mehr und mehr als unerträglich empfinden. Die unkontrollierte Einwanderung, der Asylmissbrauch und die Ausländerkriminalität müssten dringend gestoppt werden.

Meine Frage: Warum hat denn die Mehrheit der Stimmbürger dem Schengen-Vertrag und der Personenfreizügigkeit zugestimmt? Ist der Souverän derart obrigkeitshörig, dass er dem Bundesrat blind folgt, obwohl dieser mit Beschönigungen, Halb- und Unwahrheiten und Drohungen operiert?

Wann werden die Schweizer Bürger erwachen?  
Victor Nell, L'Ampolla, Spanien

---

Senden Sie Ihre Leserbriefe («abgedruckte und abgewiesene») zu den Themen Unabhängigkeit, Neutralität, direkte Demokratie, AUNS, Armee, EU an:  
AUNS, Postfach 669, 3000 Bern 31 oder [leserbriefe@auns.ch](mailto:leserbriefe@auns.ch)  
Leserbriefe werden zusätzlich auf [www.auns.ch](http://www.auns.ch) veröffentlicht.

---

## AUNS-JEUNESSE

### ABHÄNGIGKEIT DURCH SELBSTZERSTÖRUNG

FLAVIO WIRZ, LERNENDER KAUFMANN, MEIRINGEN,  
KANDIDAT FÜR DIE BERNER GROSSRATSWAHLEN 2010



Am 29. November 2009 stimmen wir über die Initiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) ab, welche ein totales Exportverbot für Kriegsmaterial will. Wenn diese Initiative durchkommt, werden 10 000 Arbeitsplätze vernichtet, und das während einer Rezession! Das ist wieder mal typisch rot-grün. Durch die Stilllegung unserer noch verbliebenen Rüstungsindustrie wären wir gezwungen, die Ausrüstung für unsere Armee voll und ganz im Ausland zu kaufen. Das bedeutet Abhängigkeit,

welche gerade in Krisenzeiten unser Land handlungsunfähig machen würde. Zudem ginge sehr viel wertvolles Knowhow verloren. Wir sind sonst schon viel abhängiger vom Ausland als wir es wahrhaben wollen. Deshalb müssen wir diese Initiative zurückweisen.

Ein JUSO-Exponent sagte mir: «Es ist unmoralisch, todbringende Waffen zu verkaufen.» Offenbar hat er noch nie was vom Kriegsmaterialexportgesetz gehört. Denn jeder einzelne Kriegsmaterialexport muss vom Bundesrat abgesegnet werden. Dabei muss er sich an die strengen Vorschriften des Gesetzes halten, welches verbietet, menschenrechtsverletzenden Staaten Waffen zu verkaufen.

## FREIHEIT UND UNABHÄNGIGKEIT

### BUNDESBERN: VOLLGAS RICHTUNG BRÜSSEL

NATIONALRAT LUZI STAMM, BADEN AG, AUNS-VIZEPRÄSIDENT UND MITGLIED DER AUSSENPOLITISCHEN KOMMISSION DES NATIONALRATES



Die Bevölkerung denkt, der EU-Beitritt sei zur Zeit kein Thema. Die Wahrheit ist leider eine ganz andere.

Entlarvend, dass Bundesrat Leuenberger am 17.10.2009 am SP-Parteitag in Schwyz sagte: «Wir müssen der EU beitreten!» Wenn einige Medien erstaunt reagierten, so war dies deplatziert: Selbstverständlich wollen die zwei SP-Vertreter Leuenberger und Calmy-Rey seit jeher in die EU. Leider nicht nur sie. Die Sonntags-Zeitung vom 18.10.2009 kommentierte zu Recht: «Auch bürgerliche Bundesräte kündigen hinter vorgehaltener Hand an, das Thema EU-Beitritt müsse wieder offensiv thematisiert werden.»

«Wir müssen der EU beitreten. Der EU-Beitritt wird kommen – nicht morgen, aber übermorgen.» BR Moritz Leuenberger am SP-Parteitag vom 17.10.09

#### NEUER AUSSENPOLITISCHER BERICHT

Wer die Augen offen hält, muss alarmiert sein. Wie stark der Bundesrat in die EU drängt, zeigt der neue «Ausserpolitische Bericht». Scheinheilig wird darin die Frage gestellt, ob die Schweiz «ihre Interessen letztlich in oder ausserhalb der EU besser wahrnehmen kann», gefordert wird eine «vorurteilslose Debatte». Der Bundesrat klagt, heute sei die Schweiz gezwungen, das EU-Recht «autonom nachzuvollziehen». Das ist schlichtweg nicht wahr. Einen «autonomen Nachvollzug» gibt es nicht. Wenn wir heute ständig EU-Recht übernehmen, so ist das nicht,

weil wir müssen, sondern weil die Mehrheit in Bundesbern das ständig will – vor allem natürlich diejenigen, die ohnehin in die EU wollen.

#### SCHLEICHENDER EU-BEITRITT

Noch gefährlicher als sein Ausserpolitischer Bericht sind die konkreten Schritte, die der Bundesrat einleitet. Nachdem er schon ein Landwirtschaftsabkommen vorgeschlagen hat, das unsere Eigenständigkeit einschränkt, will er nun auch ein Dienstleistungsabkommen mit der EU, das die Banken weiter schwächen würde, und vor allem ein «Rahmenabkommen», das einem «Schnellzug» nach Brüssel gleichkommt.

«Auch als Nichtmitglied der EU haben wir auf die europäische Verkehrspolitik einen grossen Einfluss. Er wäre grösser und die Verhandlungen mit unseren Nachbarn einfacher, wenn wir in der EU wären.» BR Moritz Leuenberger, Interview mit der Fachzeitschrift TIR transNews, 21.10.09

#### HINTERHÄLTIGKEIT

Besonders hinterhältig ist das Argument, «bei der Weiterentwicklung des EU-Rechts muss die Schweiz auf Mitsprache pochen» (Bundesrätin M. Calmy-Rey im Tages-Anzeiger vom 22.10.2009). «Mitsprache» bedeutet im Klartext, dass nicht mehr das Schweizer Volk, sondern einzelne Schweizer Abgeordnete (z.B. M. Calmy-Rey oder M. Leuenberger) ihre Meinung in Brüssel vortragen dürfen (und überstimmt werden). Auf eine solche «Mitsprache» können wir verzichten.

## STAATSVERTRAGS-INITIATIVE DER AUNS EINGEREICHT

Die AUNS hat ihre erste Volksinitiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)» am 11. August 2009 mit 108 579 gültigen Unterschriften eingereicht.

Die Initiative bringt eine «Kampfwertsteigerung» der Volksrechte und stoppt den schleichenden EU-Beitritt, indem sie das obligatorische Referendum ausweitet: Wichtige Ausland-/EU-Verträge müssen nach Annahme der Initiative zwingend der Volksabstimmung unterbreitet werden und benötigen die doppelte Mehrheit von Volk und Ständen. Dasselbe gilt für hohe Auslandzahlungen. Wir danken allen, die bei der Unterschriftensammlung mitgeholfen haben. Der Bundesrat muss nun eine Botschaft ausarbeiten, und nach der Behandlung im Parlament entscheidet das Volk in etwa zwei Jahren.



# AUNS Klartext

Nr. 133 November 2009



PUBLIKUMSORGAN  
DER AKTION FÜR  
EINE UNABHÄNGIGE UND  
NEUTRALE SCHWEIZ

## INHALT

LESERBRIEFE	2
ABHÄNGIGKEIT DURCH SELBSTZERSTÖRUNG	2
VOLLGAS RICHTUNG BRÜSSEL	3
AUNS-VOLKSINITIATIVE EINGEREICHT	3
SPALTE DES PRÄSIDENTEN	4
MILITARISIERUNG GESTOPPT	5
DAGEGEN WEHRE ICH MICH!	5
EINE SACKGASSE!	6
WENDE ZUM EINFACHEN	6
DAS ENDE VIELER BAUERNBETRIEBE	7
DAS WETTBEWERBSFÄHIGSTE LAND	7
GEBURTSTAG	8
HELVETIA	8
ANMELDEALON	8

### Bildnachweis:

Titelseite: Das grosse Wandbild im Nationalratssaal von Charles Giron stellt im Original die Urschweiz dar: Vierwaldstättersee, Rütliwiese, im Hintergrund die Mythen. In den Wolken schwebt eine nackte Frauengestalt mit einem goldenen Olivenzweig, dem Sinnbild des Friedens, in der Hand. [Photo: keystone/Photomontage EU-Flagge: R. Loeffel, ©AUNS]

Seite 3: keystone

Adresse: AUNS, Redaktion, Thunstrasse 113,  
Postfach 669, 3000 Bern 31, Telefon 031 356 27 27,  
Fax 031 356 27 28, redaktion@auns.ch,  
Postkonto: 30-10011-5

**Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) ist die grösste überparteiliche Volksbewegung für Freiheit, Unabhängigkeit, Neutralität und Sicherheit.**

### Die Ziele der AUNS (Art. 2 der Statuten):

- **Überwachung der Aussenpolitik des Bundes sowie Orientierung der Mitglieder und des Volkes über die Probleme und die Problematik der schweizerischen Aussenpolitik;**
- **Einsatz zur Wahrung der Unabhängigkeit, der Neutralität und der Sicherheit der Schweizerischen Eidgenossenschaft;**
- **Verhinderung von Aktivismus bei der Aussenpolitik und von unnötigen internationalen Engagements.**

Die Statuten der AUNS sind auf [www.auns.ch](http://www.auns.ch) abrufbar.

## SPALTE DES PRÄSIDENTEN

### WAS HAT UNS DER FALL DER BERLINER MAUER GEBRACHT?



Noch kurz vor dem Fall der Berliner Mauer vor über zwanzig Jahren warnten viele Politiker, Historiker und Sympathisanten der SED-Diktatur vor der Deutschen Einheit. Trotz der abscheulichen und menschenverachtenden Taten, welche zwischen 1961 und 1989 von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) begangen wurden und im Westen bestens bekannt waren, sangen auch Schweizer Intellektuelle und

Sympathisanten das hohe Lied über die damalige DDR. Bis zuletzt wollten sie nicht wahrhaben, dass in der SED-Diktatur der Mensch den Interessen des Staates untertan war. Der Mensch galt als «Objekt» der Regierung. Wer sich dagegen wehrte, hatte keine Chance. Freiheit und damit die Eigenverantwortung wurden unterdrückt.

Mit dem Fall der Berliner Mauer glaubten vor allem all jene wieder, welche der DDR-Diktatur über Jahrzehnte huldigten, die letzte Schreckensherrschaft in Europa besiegt zu haben. Sie sprachen plötzlich von Freiheit und Frieden. Welch eine Kehrtwende und welch ein Wunder!

Die Geschichte der Berliner Mauer und die kollektivistischen Ideologien, welche hinter ihr standen, müssen zwanzig Jahre danach zu mehr Reflexion aufrufen. Auch wenn die physischen Mauern gefallen sind, wird munter an rechtlichen und politischen Mauern weitergebaut. Die wachsende Regulierung in Wirtschaft und Gesellschaft durch eine – aus demokratischer Sicht fragwürdige – EU-Kommission schränkt Freiheit, Eigentum und Selbstverantwortung nicht minder ein als das, was die Berliner Mauer einst symbolisierte. Der Bevormundungs-, Umverteilungs- und Hochbesteuerungsstaat ist in ganz Europa auf Vormarsch. Freiheit, Eigenständigkeit, Privatautonomie, Vertragsfreiheit und Eigentumsgarantie bleiben auf der Strecke.

Mit den bilateralen Abkommen hat sich die Schweiz verpflichtet, auf den meisten Gebieten die Brüssler Gesetzesmaschinerie zu übernehmen. Die Verhandlungsstrategen versprachen dem Schweizer Volk, die Eigenständigkeit bewahren zu können. In Tat und Wahrheit haben sie – frustriert nach dem EWR-NEIN – das Stimmvolk bewusst irregeführt. Die ständig wachsenden und aktuellen Angriffe auf die Schweiz seit Aufnahme der bilateralen Verhandlungen sind dazu Beweis genug.

Eines müssen wir zugeben: Die EU-Befürworter haben mit ihrer verlogenen Strategie einen Etappensieg errungen. Dies war möglich, weil wir auch als AUNS den bilateralen Weg nicht von erster Stunde an bekämpften. Zu unkritisch haben wir auch in jüngster Zeit den bilateralen Weg in Kauf genommen. Umso mehr müssen wir nun die Fehleinschätzungen und Eigenmächtigkeiten von Bundesrat und Parlament aufzeigen. Freiheit und Eigenständigkeit der Schweiz sind keine Selbstverständlichkeiten mehr. Die Geschichte der Berliner Mauer sollte uns daran erinnern, wie schwerwiegend der Verlust von Freiheit und Eigenständigkeit sein kann.

Nationalrat Dr. Pirmin Schwander

## NEUTRALITÄT

### MILITARISIERUNG DER SCHWEIZERISCHEN AUSSENPOLITIK GESTOPPT

**D**er Nationalrat hat in der Herbstsession den Anti-Piraten-Einsatz ATALANTA endgültig abgelehnt. Aussenministerin Calmy-Rey wollte Schweizer Armeeingehörige auf deutschen Kriegsschiffen stationieren und gegen Piraten vor Somalia einsetzen. Die AUNS hat die neutralitätswidrige Vorlage von Anfang an massiv bekämpft.

Mit den hinfällig bekannten Schlagworten «Solidarität, keine Rosinenpickerei, im Interesse unseres Landes» wollte Aussenministerin Calmy-Rey den Pirateneinsatz vor Somalia dem Nationalrat verkaufen. Die Neutralität und die traditionell humanitäre Aufgabe der Schweiz klammerte sie aus. Hauptsache, Schweizer Soldaten stehen unter EU-Flagge.

Die Mehrheit im Nationalrat liess sich aber nicht beirren und lehnte den Einsatz ab. Denn Atalanta wäre nichts anderes gewesen als eine weitere Aushöhlung der Neutralität und eine engere Einschnürung in das internationale Korsett.

Mit der Resolution 1816 ermöglicht der Sicherheitsrat einen Einsatz gegen Piraten nach Kapitel VII der UN-Charta – also mit **friedens erzwingenden** Massnahmen, was laut Militärgesetz Art 66a.2 für die Schweiz ausgeschlossen ist. Die Voraussetzung für

friedens erzwingende Massnahmen ist eine Bedrohung des internationalen Friedens – zweifelhaft, ob das für die Piraterie zutrifft, denn bei der Piraterie handelt es sich eher um eine Form der organisierten Kriminalität. Womöglich sind also militärische Mittel gegen die Piraterie vor den Küsten Somalias die falsche Antwort.

#### DIE ARMEE IN ORDNUNG BRINGEN

Verteidigungsminister Ueli Maurer hat offengelegt, welche drastischen Mängel in der Armee herrschen. Mit der Debatte um den Teilersatz der veralteten Tiger-Kampflugzeuge zeigte Bundesrat Maurer auf, dass die Armee das Geld dringend im Inland braucht. Deshalb haben Auslandseinsätze keine Priorität mehr. Denn die Armee muss wieder in die Lage versetzt werden, ihre Kernaufträge zu erfüllen. Dazu gehört nebst dem Schutz der Bevölkerung die Durchsetzung der Souveränität und bewaffneten Neutralität.

Die für Armeefragen zuständige Arbeitsgruppe der nationalrätlichen Finanzkommission hat einem Antrag von AUNS-Präsident Nationalrat Pirmin Schwander zugestimmt, wonach die Armee umgehend 70 Mio. Franken zusätzlich erhalten soll. [www.tagesanzeiger, 30.10.09]

## AUNS-JEUNESSE

### DAGEGEN WEHRE ICH MICH!

LUKAS LANZREIN, THUN, STUDENT, HAUPTFELDWEIBEL,  
KANDIDAT FÜR DIE BERNER GROSSRATSWAHLEN 2010



**A**ls junges Milizkader habe ich im Jahr 2009 rund sieben Monate Dienst geleistet – einen Dienst für unsere Gesellschaft. Unsere Armee ist nämlich nicht Selbstzweck. Sie schützt unser Land und die Bevölkerung vor einer Vielzahl von Bedrohungen und schafft Sicherheit für uns alle. Es ist kaum verwunderlich, dass die Bereitschaft, Dienst in der Armee zu leisten, bei den Jugendlichen abnimmt, wenn gewisse Politikreize immer in einem solch despektierlichen Ton über unsere Armee herziehen. Zugleich ist es schlicht unverantwortlich, wenn nicht einmal mehr genügend Mittel da sind, um junge, Wehrdienst leistende Bürger mit dem nötigen Material auszustatten.

Um diese finanziellen Engpässe überwinden zu können, schlagen nun diverse Politakteure vor, entweder die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen und eine Milizarmee aus lauter Freiwilligen zu unterhalten oder gleich eine Berufarmee einzuführen. Gegen beide Vorschläge wehre ich mich aus tiefster Überzeugung. Die Gewährleistung von Sicherheit ist nicht einfach ein Gut, welches man Freiwilligen überlässt. Dazu haben alle jungen Bürger ihren Beitrag zu leisten. Eine Berufarmee dient doch lediglich dazu, unsere Armee noch weiter Nato-tauglich zu machen, damit sie vermehrt im Ausland an Einsätzen teilnehmen kann. Dagegen wehre ich mich! Denn damit untergraben wir unsere Neutralität und gefährden die Sicherheit. Die Politiker haben dafür zu sorgen, dass wir eine gut ausgerüstete und funktionsfähige Milizarmee als Garantin für Sicherheit und Unabhängigkeit erhalten.

## «CH-EU»

# BILATERALE ABKOMMEN – EINE SACKGASSE!

DR. RADU-EUGEN GOLBAN\*, ST. GALLEN, MA



Der über zehn Jahre andauernde, zähe Verhandlungsprozess mit Brüssel über unzählige Dossiers in den Bereichen Wirtschaft, Politik und Verkehr ist stets mit der Generalklausel der Befürworter geführt worden, den Finanzplatz Schweiz und das Bankkundengeheimnis zu schützen. Bilaterale Zugeständnisse alias bilaterale Ab-

kommen waren das Resultat. Merkwürdig mutet es an, dass nach der letzten Hürde im bilateralen Vertragswerk mit der EU, mit der knappen Annahme der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien im Februar 2009 das sonst hart verteidigte Bankgeheimnis geopfert wurde.

Vom Bundesrat wurde der bilaterale Weg mit dem Schutz des Bankgeheimnisses gleichgesetzt. Aber in den Abstimmungskämpfen wurde die Frage, ob die Ergebnisse der bilateralen Verhandlungen die Interessen der Schweiz genügend sichern, nicht beantwortet. Sondern der Bundesrat drohte mit Schreckensszenarien, sollte das Volk das eine oder andere Dossier ablehnen.

Der bilaterale Weg ist zum Nachteil der Schweiz, weil:

- die vollständige Öffnung des Arbeitsmarktes zu sinkenden Reallöhnen führt,
- Schengen-Dublin die illegale Migration eher fördert als eindämmt (weil die EU-Aussengrenzen lasch kontrolliert werden und die Schweiz ihre Landesgrenze nicht mehr kontrollieren darf),
- Zahlungen in Form von Ostmilliarden und Forschungsgeldern nach Brüssel aus dem Steueretat bezahlt werden und weil
- der ausufernde Transitverkehr die Infrastruktur belastet.

Kein Wunder, dass die Mittel für die Landesverteidigung fehlen!

Die EU-Kommission hat ein Mandat aller siebenundzwanzig EU-Staaten erhalten (einschliesslich auch jener Staaten, die man besonders als Freunde mit der grosszügigen Ostmilliarde auf eigener Seite glauben wollte), den Druck auf die Schweiz in Steuerfragen zu erhöhen. Für die Schweiz eine denkbar schlechte Verhandlungsposition. Es ist fraglich, ob die Zugeständnisse, welche über all die Jahre gemacht wurden, letztendlich heute das Land nicht teurer zu stehen kommen als eine schrittweise Lockerung des Bankgeheimnisses ohne bilaterale Zugeständnisse. So oder so werden die Kosten aller Zugeständnisse von den Schweizerinnen und Schweizern getragen. Schliesslich hat der Durchschnittsbürger den integrationsbedingten Lohndruck und die Steuerbelastung im Alltag zu verkraften.

Die Brüsseler Verhandlungsstrategen haben der Schweiz zuerst unbedenkliche Dossiers unterbreitet, um den Souverän leicht ins Verhandlungskarussell zu holen. So waren zu Beginn der bilateralen Verhandlungen noch einige Bereiche wie der Personenverkehr für die Schweiz tabu. Aber innert zehn Jahren bricht man alle Tabus. Noch vor kurzem war die Schweiz mehr als nur ein attraktiver Finanzplatz! Der begehrte Arbeitsmarkt wurde gerade für die Nachbarstaaten attraktiv, welche sich durch die Öffnung der Schweiz eine Entlastung auf den eigenen Arbeitsmärkten erhofften.

Eine Kündigung der bilateralen Abkommen kann angesichts des ohnehin aufgeweichten Bankgeheimnisses ohne Risiko für das Land aus der aktuellen Sackgasse führen und als Mittel zur Gegenwehr eingesetzt werden.

\* Radu-Eugen Golban hat Politik- und Rechtswissenschaften studiert und in Ökonomie promoviert. Er lebt in St. Gallen und arbeitet in Liechtenstein.

## WIR FRAUEN

# AUSSENPOLITIK: WENDE ZUM EINFACHEN

NATIONALRÄTIN ANDREA GEISSBÜHLER, HERRENSCHWANDEN BE, POLIZISTIN



Die schweizerische Aussenpolitik unter Bundesrätin Calmy-Rey hat sich völlig verzettelt. Überall auf der Welt begann das EDA irgendwelche, meist unkoordinierte Aktivitäten zu entfalten, im Nahen Osten, in Kolumbien, im Irak, im Iran, im Sudan. Die Frage nach den Schweizer Interessen wurde entweder gar nicht gestellt oder dann sicher nicht beantwortet. Die sonst so redselige Aussenministerin, die treibende Kraft hinter diesen kost-

spieligen und allesamt gescheiterten Auslandabenteuern, schweigt. Sie preist lieber den Dialog und das Völkerrecht und liest abgehobene Reden zum Calvin-Jubiläum vor. Was Dialog und Völkerrecht bringen, sehen wir bei Libyens Ghaddafi...

Die Entwicklungshilfe wurde weiter massiv aufgestockt, obwohl in den letzten Jahren immer mehr Stimmen laut wurden, die den Nutzen der Entwicklungshilfe in Zweifel ziehen. Die Aussenministerin will diese Stimmen nicht hören. Den neuen EU-Mitgliedstaaten zahlt die Aussenministerin eine Milliarde Schweizer Franken. Gegenleistungen erbringen weder diese Länder noch die EU als Ganzes. Nun schiebt die Schweiz nochmals 257 Millio-

nen Franken für Rumänien und Bulgarien hinterher, obwohl die EU selbst grosse Bedenken wegen mangelnder Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung und der Justizreform in diesen beiden Ländern hat.

Das Problem ist, dass das EDA erstens keine Strategie hat, die auf die Schweizer Interessen abgestimmt ist. Zweitens ist das Versagen von Bundesrätin Calmy-Rey

auch ein Versagen des Gesamtbundesrates. Dieses Gremium winkt einen neuen Aussenpolitischen Bericht durch, der den Dialog zum Prinzip der Aussenpolitik macht und offenbar selbst von vielen Diplomaten abgelehnt wird. Wir brauchen eine Trendwende. Eine Wende zurück zum Einfachen und zum Bewährten: Mehr Rückgrat, mehr Schweizer Interessen, mehr Neutralität!

## STANDORT CH

# FREIHANDELSABKOMMEN – DAS ENDE VIELER BAUERNBETRIEBE

NATIONALRAT ERICH VON SIEBENTHAL, BERGBAUER, GSTAAD BE



Was sich unsere Regierung unter anderem im Bereich Landwirtschaft erlaubt, ist erschütternd. 50% der Landwirtschaftsbetriebe dem Freihandelsabkommen zu opfern ist scheinbar kein Problem.

Mit grossem Ehrgeiz verfolgt die Volkswirtschaftsministerin dieses Ziel. Was

sind da für Kräfte am Werk? Kräfte, die die Ernährungssicherheit unseres Landes schwächen und die Abhängigkeit von Importen erhöhen wollen! Unsere Väter haben mit sehr viel Herzblut die flächendeckende Produktion in unserem Land erkämpft. Es wurden trotz den grossen topografischen Unterschieden auf Kantons- wie auf Bundesebene Lösungen gefunden, die dieser Vielseitigkeit gerecht wurden.

Und heute? Freier Markt um jeden Preis. Zölle sollen fallen und sind schon gefallen, unsere Produktion soll konkurrenzfähig mit dem Ausland werden. Wenn die Bedingungen gleich wären, könnte man darüber diskutieren. Unser Kostenumfeld sowie die Produktionskosten werden immer höher bleiben. Die Produktionskosten, vor allem im Hügel- und Berggebiet, sind nicht zu senken. Im gut gelegenen Talgebiet ist etwas Potenzial.

Wenn die Schweiz ihren Markt rücksichtslos öffnen will, wird die Landwirtschaft, so wie sie heute lebt, in wenigen Jahren in unseren Tälern und Dörfern nicht mehr anzutreffen sein. Denn die Existenzgrundlage würde ihr entzogen. Deshalb dürfen wir dieses Vorgehen des Bundesamtes für Landwirtschaft und der Volkswirtschaftsministerin nicht akzeptieren.

Denn die Ernährung unseres Volkes wäre in Krisenzeiten noch mehr gefährdet und die Attraktivität unseres Landes ohne Landwirtschaft würde massiv sinken.

Auch die vielen vor- und nachgelagerten Arbeitsplätze wären stark betroffen. Es darf nicht sein, dass kurzfristige Begehren (Freihandelsabkommen) höher gewichtet werden als die sichere Versorgung unseres Landes. Das Parlament wird leider die Kraft nicht haben, die Priorität auf eine sichere Versorgung zu setzen. Die grosse Tragik auf dem Milchmarkt bestätigt dies. Schuldzuweisungen helfen da nicht weiter.

Taten müssen folgen. Die Politik muss mithelfen, Rahmenbedingungen zu setzen, damit die Milchproduktion wieder in geordnete Bahnen gelenkt wird. Für die Banken gibt man über Nacht Milliarden, für die Ernährung unseres Volkes aber setzt man auf den Import, weil es kurzfristig günstiger zu scheinen kommt. Unglaublich diese Politik in Bundesbernen. Das Volk muss diese Fehlentwicklung korrigieren. Gott sei Dank haben wir noch die Volksabstimmung.

## SCHWEIZ: DAS WETTBEWERBSFÄHIGSTE LAND

Die Schweiz hat die USA als wettbewerbsfähigste Volkswirtschaft der Welt abgelöst. Auf den weiteren Plätzen folgen Singapur, Schweden und Dänemark. Das geht aus einer Ländervergleichsstudie des Weltwirtschaftsforums (World Economic Forum) hervor. Der erste Rang der Schweiz erkläre sich mit ihrer Stabilität und ihrer ausgezeichneten Innovationsfähigkeit. Die Schweizer Forschungsinstitute gehörten zu den besten der Welt. Ausserdem seien die engen Kontakte zwischen Wissenschaft und Wirtschaft eine Garantie dafür, dass die meisten Forschungsergebnisse leicht in marktfähige Produkte oder Prozesse umgewandelt werden können. Und zu alledem kommt als Bonus noch ein sehr guter Schutz des geistigen Eigentums. Im Bericht wird

deutlich, dass die gute Innovationsfähigkeit insbesondere in der sehr hohen Patentrate (148,27 pro Million Einwohner) in der Schweiz zum Ausdruck kommt. Die öffentlichen Einrichtungen schneiden beim Thema Effizienz und Transparenz gut ab (Platz 7). Und hinsichtlich der Effizienz des Arbeitsmarktes landet die Schweiz knapp hinter Singapur auf dem zweiten Platz.

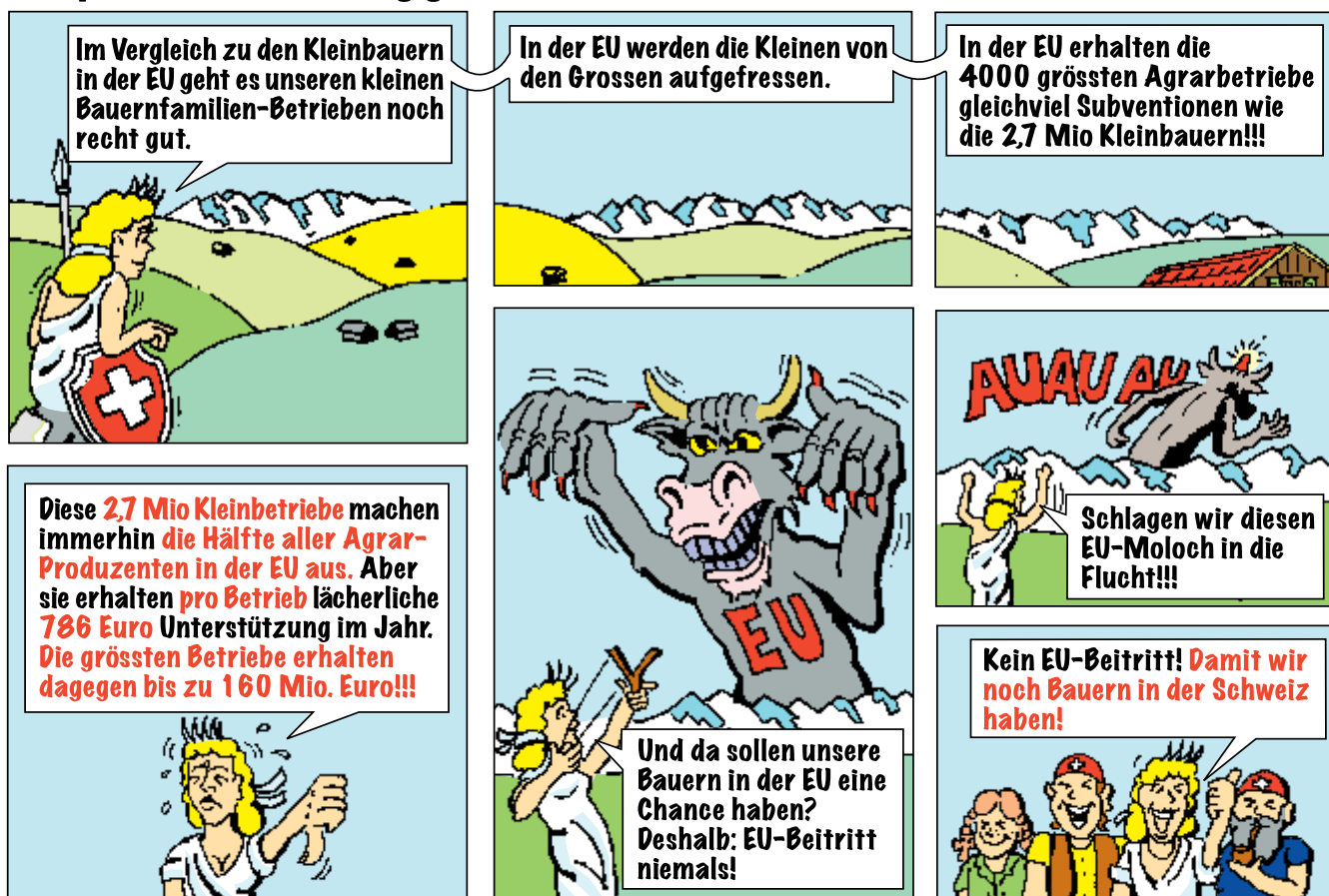
[www.welt.de/www.kmu.admin.ch,8.9.2009]

«Der EU-Beitritt ist nach wie vor eine Option für die Schweiz.»

Aussenpolitischer Bericht vom 2.9.2009, abrufbar auf www.auns.ch

# HELVETIA

kämpft für eine unabhängige und neutrale Schweiz



Zahlen und Fakten aus dem Buch von Max Haller «Die Europäische Integration als Elitenprozess. Das Ende eines Traums?» erschienen im VS Verlag, ISBN 978-3-531-15778-8

# AUNS ASIN ASNI

## GEBURTSTAG!

Das AUNS Logo feiert seinen zehnten Geburtstag! Das aus einem Mitgliederwettbewerb hervorgegangene Logo ist nicht mehr aus der Schweizer Politik wegzudenken. Und dies aus gutem Grund: Die AUNS ist die Volksbewegung gegen den EU-Beitritt!

### WERDEN AUCH SIE MITGLIED DER AUNS

Ich trete der AUNS bei als  Mitglied  Ehepaar  Gönner(in) oder  Sympathisant(in)  
 Jahresbeiträge: Fr. 35.– Fr. 50.– Fr. 100.– nach freiem Ermessen.

Senden Sie mir ausführliche Informationen über die AUNS.

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_

Einsenden an: AUNS, Postfach 669, 3000 Bern 31, Telefon 031 356 27 27, Fax 031 356 27 28, Postkonto 30-10011-5